

Magdeburger Modell und "rote Laterne": Wahlen in Sachsen-Anhalt

Fürnberg, Ossip; Schnapp, Kai-Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fürnberg, O., & Schnapp, K.-U. (2008). Magdeburger Modell und "rote Laterne": Wahlen in Sachsen-Anhalt. In K. Völkl, K.-U. Schnapp, E. Holtmann, & O. W. Gabriel (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 381-410). Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. <https://doi.org/10.5771/9783845211299>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Magdeburger Modell und „rote Laterne“: Wahlen in Sachsen-Anhalt

Ossip Fürnberg/Kai-Uwe Schnapp

1. Einleitung

Sachsen-Anhalt kann als eines der am wenigsten wahrgenommenen Bundesländer bezeichnet werden. Das ändert sich nur gelegentlich, etwa wenn Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums mit großem Stimmanteil in den Landtag gewählt werden oder bekannte Volksmusiksendungen vom halleischen Messegelände aus die Fernsehbildschirme der Nation erobern. Gründe für diese geringe Beachtung gibt es viele: Sachsen-Anhalt ist ein sehr kleines Bundesland, es hat keine territoriale Tradition, sein Parteiensystem weist keine nennenswerten Besonderheiten auf und die Ministerpräsidenten des Landes waren bislang zwar im Lande bekannt und zumindest für große Teile ihrer Amtszeiten auch beliebt, über die Landesgrenzen hinaus sind sie aber kaum wahrgenommen worden. Stellt man in diesem stark verkürzten Kontext die Frage nach bundespolitischen Einflüssen auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, dann scheinen sich zwei völlig gegensätzliche Antworten anzubieten.

Die geringe Aufmerksamkeit gegenüber Sachsen-Anhalt und die geringe bundespolitische Rolle könnten bedeuten, dass so wenig wahrelevante Impulse aus dem Land selbst kommen, dass es fast gar kein landeseigenes Wahlverhalten geben kann. Diese These könnte man noch durch die Feststellung untermauern, dass Sachsen-Anhalt bislang meist wenige Monate vor Bundestagswahlen gewählt hat, also immer schon in den Sog der bevorstehenden großen politischen Ereignisse auf der Ebene des Bundes gekommen sein muss.

Andererseits könnte man auch argumentieren, dass sich Sachsen-Anhalt aufgrund seiner geringen Bedeutung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Landtagswahlen selbst genug ist. Als Beleg für diese Aussage könnte etwa die Feststellung angesehen werden, dass Sachsen-Anhalt das erste Bundesland war, in dem die PDS durch das „Magdeburger Modell“ gegen alle Einflussversuche der Bundesparteien nahe an eine Regierungsverantwortung herangeholt wurde, ohne dass die daran maßgeblich beteiligten Akteure dafür bei der nächsten Wahl massiv bestraft worden wären. Als weiterer Beleg für die Richtigkeit dieser Aussage könnte die Tatsache angesehen werden, dass sich die FDP in Sachsen-Anhalt bereits zweimal in Wahlen stark gegen den bundespolitischen Trend hervortun konnte. Das erste Mal mit dem durch Hans-Dietrich Genscher, der in Halle geboren wurde, erzeugten Rückenwind, das zweite Mal mit der Generalsekretärin der Bundes-FDP, Cornelia Pieper, als selbsternannte Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin.

Ziel dieses Beitrags soll es natürlich nicht sein, sich in weitere Spekulationen zu ergen, sondern auf der Basis sowohl kreisbezogener als auch umfragebasierter

Daten eine möglichst konkrete Antwort auf die Frage zu geben, wie es um den bundespolitischen Einfluss in Sachsen-Anhalt bestellt ist. Dazu wird im nächsten Abschnitt zunächst auf die Frage eingegangen, was wir unter dem Konzept „bundespolitischer Einfluss“ verstehen und welche Rolle wir Landtagswahlen allgemein bemessen. Diesen konzeptionellen Überlegungen folgt ein allgemeiner Rückblick auf die seit 1990 im Land durchgeführten Landtagswahlen. Zu Beginn der empirischen Analyse werden wir mit kreisbezogenen Daten erste empirische Antworten auf die gestellte Frage suchen. Der zweite Teil der empirischen Analyse stützt sich auf vier Umfragen, die im Vorfeld der Landtagswahlen 1994, 1998, 2002 und 2006 in Sachsen-Anhalt durchgeführt wurden. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung der vorgelegten Ergebnisse.

2. Was ist „bundespolitischer Einfluss“?

Eine der ersten ausführlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema Wechselverhältnis von Bundes- und Landespolitik und dessen Wirkung auf Landtagswahlen stammt von Fabritius (1978). Er kam auf der Basis deskriptiv fallbezogener Analysen einer Reihe von Landtagswahlen zu der Schlussfolgerung, dass im verbundföderalen System der Bundesrepublik die eigenständige Bedeutung dieser Wahlen stark abgenommen habe. Fabritius formuliert jedoch keine konsistente theoretische Vorstellung darüber, was bundespolitischer Einfluss sein soll. Vielmehr argumentiert er ad-hoc ereignisorientiert und zieht seine Schlussfolgerungen etwa aus den landespolitischen Folgen der Spiegelaffäre (vgl. Fabritius 1978: 12f.). Eine theoretisch gestützte Interpretation des Zusammenhangs zwischen Landtagswahlergebnissen und Bundespolitik ist dagegen die aggregatdatenbasierte Untersuchung Dinkels (1977). Ihr konzeptioneller Bezugspunkt war die aus den USA stammende Zyklustheorie des Wahlverhaltens. Die Zyklustheorie geht in ihrer amerikanischen Variante davon aus, dass bei den Kongresswahlen in der Mitte der Amtsperiode eines Präsidenten seine Partei mit hoher Wahrscheinlichkeit Stimmenverluste hinnehmen muss. Diese Erwartung wird vor allem mit der Aussage begründet, dass ein Präsident in der ersten Hälfte einer Wahlperiode schmerzhaft Policy-Maßnahmen durchführen muss, die erst gegen Ende der Periode Erfolge zeigen und damit eine positive Stimmungswende zugunsten seiner Partei auch erst bei der nächsten Präsidentschaftswahl herbeiführen würden (vgl. Stimson 1976).

Ein solches zyklisches Wahlmuster beschreibt Manow (2005) für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Er interpretiert dieses Muster als Ausweis periodenabhängig wechselnder Zufriedenheit der Wahlbevölkerung mit ihrer jeweiligen nationalen Regierung. Diese beeinflusse das Wahlverhalten auf anderen als der nationalen Wahlebene. Manow geht bei seiner Untersuchung vor allem auf die Wirkung makroökonomischer Variablen ein, betrachtet die Wirkung der nationalen Ebene auf das Europawahlverhalten also als vermittelt über die Bewertung der Policy-Leistung der Nationalregierungen bzw. der die nationalen Regierungen tragenden Parteien. Er stellt jedoch in Rechnung, dass gutes Abschneiden der Oppositionsparteien und schlechtes Abschneiden der Regierungsparteien nicht allein auf Änderungen in der

zufriedenheitsabhängigen Stimmpräferenz zurückgeführt werden können. Vielmehr greift er auch das bereits vielerorts diskutierte Argument auf, nach dem die Regierungsparteien vor allem darunter litten, dass die unzufriedenen Regierungswähler nicht an die Wahlen gingen, während es einen spezifischen Mobilisierungseffekt für die Oppositionsparteien gebe. Beide Effekte zusammen führen dann zu einer deutlichen Verschiebung der Stimmanteile, ohne dass notwendigerweise im gleichen Maße eine Verschiebung in der absoluten Zahl der Wählerstimmen stattfindet.

Die genannten Effekte, der Beteiligungseffekt wie auch die Bereitschaft, die Akteure der nationalen Ebene mit Wahlentscheidungen auf anderen Ebenen zu bestrafen, können jedoch nur dann sinnvoll erwartet werden, wenn man von der Prämisse ausgeht, dass Europa- und eben auch Landtagswahlen als Wahlen geringerer Bedeutung, also als Nebenwahlen (second order elections) wahrgenommen werden (vgl. Reif/Schmitt 1980). Denn erst mit dieser zugeschriebenen geringeren Bedeutung wird es vernünftig, dass die Wahlentscheidung von Gründen beeinflusst wird, die nicht unmittelbar am Gegenstand der Wahl – der Zusammensetzung des Landtags – orientiert sind, oder sogar ganz auf die Teilnahme an der Landtagswahl zu verzichten.

Neue Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass die eben beschriebenen Zusammenhänge zwischen Bundesebene und Landtagswahlverhalten spätestens seit den 1990er Jahren abgenommen haben (vgl. Hough/Jeffery 2003; Burkhart 2005). Für diese Veränderungen ist wahrscheinlich ein ganzer Komplex von Gründen verantwortlich. Zunächst ist durch die Wiedervereinigung Deutschlands die relative Größe und Bedeutung selbst großer Bundesländer gesunken. Damit und mit dem Wegfall des Systemgegensatzes ist möglicherweise auch das Gefühl einer Mitverantwortung der Landesregierungen für die Politik der Bundesrepublik schwächer geworden. Zu dieser Vermutung passt die Beobachtung, dass die Länder seit 1990 eine stärkere eigenständige Rolle als politische Entscheidungsebene gegenüber der Ebene des Bundesstaats spielen. So formulieren auch die Landesparteien häufiger als bis 1990 eigenständige Meinungen und treten mit diesen gegebenenfalls gegen die eigene Bundespartei auf (vgl. Eilfort 2006). Mit diesem Verhalten wird die Möglichkeit der Wahrnehmung der Landesparteien als eigenständig erhöht. Das wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Landtagswahlen verstärkt einen eigenständigen, bundesunabhängigen Charakter annehmen.

Blickt man nun auf die erste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Oktober 1990, dann ist klar, dass hier die Landespolitik, da bis zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht existent, keinen Einfluss auf das Wahlverhalten haben konnte. Auch bei den Wahlen 1994 und mit fallender Tendenz 1998 ist davon auszugehen, dass fast alle gesellschaftlichen Entwicklungen in den neuen Ländern noch stark durch die Bundespolitik geprägt waren, sei es durch umfassende Hilfsprogramme für die neuen Länder oder durch das Wirken der Treuhandanstalt. Bedeutsam für die große Prägekraft des Bundes ist aber sicher auch, dass mit Ausnahme der PDS die Parteien in den neuen Ländern eine sehr geringe Organisationsdichte haben. Letzteres erschwert den Parteien die unmittelbare Kommunikation vor Ort und damit auch die Thematisierung landesbezogener Probleme. Je länger diese Länder aber bestehen, desto wahrscheinlicher wird es, dass sie zum einen eine echte Landesidentität entwickeln und dass darüber hinaus, begünstigt durch den beschriebenen allgemeinen Trend, die Wahr-

nehmbarkeit der Landesebene als eigenständige politische Ebene wächst. Konkret heißt dies, dass wir erwarten, in Sachsen-Anhalt Indikatoren dafür zu finden, dass der Prozess der Zunahme der politischen Bedeutung der Landesebene hier in zeitlich gedrängter Form verlaufen ist.

Mit den vorangegangenen Bemerkungen ist aber nur geklärt, welche kontextuellen Mechanismen wirken und wie ein möglicherweise verändertes Landtagswahlverhalten erklärt werden kann. Offen ist dagegen immer noch die Frage, was die konkreten Bewertungsobjekte sind, deren Einschätzung Wählerinnen und Wähler heranziehen, wenn sie ihre Wahlentscheidung treffen. Vor allem ist für die Beantwortung der Frage nach bundespolitischen Einflüssen zu klären, was diejenigen Bundesobjekte sein können, deren Bewertung das Landtagswahlverhalten beeinflusst. Geleitet durch das sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens (vgl. z.B. Schoen/Weins 2005) wenden wir uns zunächst der Frage zu, ob die Parteiidentifikation ein solches, von Bundeseinflüssen getragenes, Objekt sein kann. Folgt man Arzheimer und Schoen (2005), so ist es nach wie vor sinnvoll, nach Parteiidentifikationen zu suchen und diese als Erklärungsgröße für Wahlverhalten zu verwenden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Parteiidentifikation ein Bundesobjekt oder eine landesspezifische Größe ist. Die internationale Forschung zeigt etwa am Beispiel Kanadas, dass es durchaus ebenenspezifische Parteiidentifikationen geben kann (vgl. Stewart/Clarke 1998). Eine zentrale Voraussetzung für die Möglichkeit ebenenspezifischer Parteiidentifikationen sind nach Stewart und Clarke jedoch in ihrer Struktur deutlich unterscheidbare Parteiensysteme sowie klar unterscheidbare Policy-Leistungen der Parteien auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen. Die Struktur des Parteiensystems auf der Bundes- und der Landesebene muss Eith (2000) folgend aber als weitgehend ähnlich eingeschätzt werden. Einzelne deutliche Abweichungen, wie das Parteiensystem Bayerns, heben diese enge Verbindung nicht auf. Für die Existenz klar unterscheidbarer Policy-Leistungen der Parteien auf den beiden Ebenen konnten wir in der Literatur ebenfalls keine Evidenz finden. Es ist also plausibel, davon auszugehen, dass die in Deutschland nach wie vor nachweisbare Parteiidentifikation ebenenübergreifend ist. Das heißt aber auch, dass die Parteiidentifikation nicht a priori als bundespolitisch geprägt verstanden werden kann. Die geringe Unterscheidbarkeit einer landes- und einer bundesspezifischen Identifikation interpretieren wir vielmehr so, dass es sich um ein ebenenübergreifendes Phänomen handelt, in dem Einflüsse beider Ebenen zusammenkommen. Eine klare Zuordnung der Identifikation zu einer Ebene erscheint uns daher als nicht sinnvoll.

Wir gehen deshalb in Analogie zu Manow (2005) davon aus, dass in der Regel implizit die Policy-Leistung der Bundesregierung als beeinflussende Größe gemeint ist, wenn vom Bundeseinfluss auf das Landtagswahlverhalten gesprochen wird. Die Interpretation der Landtagswahl als Barometer- oder Referendumswahl, als Test oder Denktzettel für die Regierungsparteien in der Bundeshauptstadt erscheint unseres Erachtens jedenfalls ohne dieses Verständnis nur bedingt sinnvoll zu sein. Diese Vorstellung wird durch die Ergebnisse von Burkhart (2005) gestützt, welche zeigen konnten, dass die Einschätzung der Leistung der Bundesregierung stark auf das Landtagswahlverhalten durchschlägt: Steigt die Popularität der Bundesregierung, so steigen auch die Wahlchancen der ihr angehörenden Parteien bei Landtagswahlen, sinkt ihre Popularität, dann spürt man das durch Verluste an den regionalen Wahlur-

nen. Landtagswahlverhalten scheint also insofern bundespolitisch beeinflusst zu sein, als tatsächlich in Schweinfurt, Elmshorn und Magdeburg „Denkzettel“ an die Parteien der Bundesregierung ausgegeben werden. Und es sind nicht simple Zykluseffekte als unverständbare, aber deutlich wirksame Einflüsse, sondern Reaktionen auf die wahrgenommene Leistung der Bundesregierung. Dabei ist es zunächst unerheblich, ob es sich um eine kontinuierliche Leistung handelt, oder aber um das positiv wahrgenommene erfolgreiche Management einer Krisensituation. Inwiefern weitere Elemente der Einschätzung der Bundesregierung, wie der von Gschwend und Norpoth (2001) diskutierte Abnutzungseffekt ebenfalls auf die Landesebene durchschlagen, darüber liegen nach unserer Kenntnis der Literatur bislang keine Ergebnisse vor.

Neben der Policy-Leistung der Bundesregierung wird mit dem Bundesrat immer wieder ein weiterer bundespolitischer Akteur ins Gespräch gebracht, der Motive für ein bundesbezogenes Wahlverhalten liefern könne. In den Vereinigten Staaten wurde wiederholt beobachtet, dass Wähler in den sogenannten Midterm Elections die Partei wählen, die zu diesem Zeitpunkt nicht das Weiße Haus besetzt, um damit eine policy-moderierende Wirkung zu erzielen (vgl. Fiorina 1992; Alesina/Rosenthal 1995; Mebane/Sekhon 2002). Dieses Konzept moderierenden Wählens aufgreifend, vermuten Lohmann u.a. (1997) ein ebensolches Muster in Deutschland, können aber keine überzeugenden empirischen Belege für seine Existenz finden. Während Gaines und Crombez (2004) wie auch Hainmüller und Kern (2006) klare Belege für ein solches moderierendes Wahlmuster sehen, bestreitet Schnapp (2007) dessen Existenz weitgehend, räumt aber die Notwendigkeit weiterer Forschung ein. Da dieser Streit noch nicht entschieden zu sein scheint, werden wir hier die Zusammensetzung des Bundesrats als mögliche Ursache bundesbezogenen Wahlverhaltens zumindest im deskriptiven Teil in Betracht ziehen. Eine systematische Untersuchung des Effekts ist auf der Basis der Daten nur eines Bundeslands allerdings nicht möglich.

Wir halten fest: Als zentrale Bewertungsobjekte der Bundesebene betrachten wir die Policy-Leistung der Bundesregierung und der Akteure (Individuen und Parteien), die diese Leistung erbracht haben. Die wahrgenommene Policy-Leistung der Parteien der Bundesregierung wird also zum wesentlichen Vermittler des bundespolitischen Einflusses. Bezugnehmend auf Fabritius halten wir es aber auch für möglich, dass die Rolle von Parteien (oder einzelnen ihrer Mitglieder) in herausragenden politischen Ereignissen Bewertungsobjekte sein können, die Einfluss auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen haben. Sowohl im Bezug auf die Policy-Leistung als auch auf herausragende Ereignisse kommt den Parteien wahrscheinlich die größte Bedeutung zu, weil diese, nicht aber die individuellen Amtsträger der Bundesebene, in den Ländern zur Wahl stehen. Der Bundesrat bzw. die Zusammensetzung des Bundesrats kommen ebenfalls als Motive für bundespolitisch orientiertes Wahlverhalten in Betracht. Allerdings ist die Forschungslage hier eher uneindeutig.

Im folgenden Abschnitt werden nun die zu analysierenden fünf Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt zunächst in ihrem zeitlichen Kontext beschrieben. Dabei versuchen wir, erste Hinweise auf bundespolitische Einflüsse der bis hierher erläuterten Arten zu finden, bevor die formulierten Erwartungen in den Abschnitten 4 und 5 systematisch überprüft werden.

3. Wahlen in Sachsen-Anhalt

Bei der ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 hießen die Spitzenkandidaten der großen Parteien Gerd Gieß (CDU) und Reinhard Höppner (SPD). Obwohl beide aus Sachsen-Anhalt stammten, hatten sie nur einen geringen Bekanntheitsgrad. Höppner war nur 57 Prozent, Gieß sogar nur 38 Prozent der Wählerinnen und Wähler bekannt (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1990: 91). Das ist allerdings nicht verwunderlich, da die Landesgründung erst mit dieser Wahl erfolgte und darum zuvor noch gar keine Landespolitiker existierten.

Obgleich die Wahlen von den Bürgerinnen und Bürgern nach eigenem Bekunden in Umfragen sehr ernst genommen wurden, war die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den ersten freien Volkskammerwahlen der DDR, die im März 1990 stattgefunden hatten, gering (65,6% im Vergleich zu 93,4%).

Die Wahl wurde von folgenden Themen bestimmt: (1) dem wirtschaftlichen Niedergang in der zuletzt für etwa 60 Prozent der Industrieproduktion der DDR zuständigen Region, (2) den damit im Zusammenhang stehenden Unternehmenszusammenbrüchen und (3) der daraus resultierenden rasant wachsenden Arbeitslosigkeit, (4) den Entlassungen im öffentlichen Dienst und aus dem Nachlass der Nationalen Volksarmee der DDR sowie (5) dem Widerspruch zwischen Alteigneransprüchen und der Sicherung von in der DDR erworbenem Immobilienbesitz.

Die CDU konnte diese Wahl mit 39 Prozent der Stimmen und 48 der 49 Direktmandate eindeutig für sich entscheiden. Die SPD kam dagegen nur auf 26 Prozent der Stimmen. Bemerkenswert war das Wahlergebnis der FDP mit 13,5 Prozent der Wählerstimmen. Die FAZ schrieb dieses gute Abschneiden einerseits dem Wirken des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher zu, der in Halle geboren wurde. Die Region Sachsen-Anhalt sei aber auch in der Weimarer Republik schon eine Hochburg liberaler Parteien gewesen (vgl. FAZ, 18.10.1990: 4). Die Grünen/Neues Forum¹ schafften mit 5,3 Prozent der Stimmen knapp den Einzug in den Landtag, die PDS errang zwölf Prozent der Stimmen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Bundes- und Landeseinfluss stellt sich für diese Wahl nicht, weil das Land als solches erst seit dem 3. Oktober 1990 existierte. Sachsen-Anhalt hatte, wie die anderen ostdeutschen Länder auch, zum Zeitpunkt der Wahl keine politische Führung, also weder einen Landtag noch eine Landesregierung und auch keine Verwaltung. Potenziell wahlbeeinflussende Ereignisse sind ebenfalls nur auf der Bundesebene verzeichnet worden.² Insofern kann diese Wahl auch als der ideale Ausgangspunkt für die Beurteilung eines Bundeseinflusses angesehen werden.

Die Wahl am 26. Juni 1994 wurde auf den ersten Blick von den Affären überschattet, welche die CDU in der ersten Legislaturperiode erschüttert hatten. Der erste Ministerpräsident Gerd Gieß trat bereits nach neun Monaten von seinem Amt

1 Das Bündnis 90 wurde in Sachsen-Anhalt erst 1991 gegründet.

2 Diese Information stammt aus der inhaltsanalytischen Ereigniserfassung, die im Rahmen des Projekts vorgenommen wurde. Für weitere Informationen zu dieser Ereignisanalyse vgl. den Beitrag von Brislinger und Schnapp in diesem Band.

zurück. An seine Stelle kam der Niedersachse Werner Münch, der zwei Jahren später wegen der sogenannten Gehälteraffäre seinen Hut nehmen musste. Ihm folgte für die kurze Zeit bis zu den Wahlen Christoph Bergner.

Der Ausgang der Wahl war bei schwacher Beteiligung (55%) denkbar knapp. Die CDU kam auf 34,4 Prozent der Stimmen, die SPD auf 34,0 Prozent. Die FDP verlor dramatisch und schaffte mit einem Ergebnis von 3,6 Prozent der Stimmen nicht den Einzug in den Landtag. Die Grünen erreichten den Zug nach Magdeburg knapp mit 5,1 Prozent der Stimmen. Drittstärkste Partei war die PDS mit 19,9 Prozent der Stimmen.

Ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung kann, neben der großen Unzufriedenheit mit der Landesregierung und der allgemeinen Enttäuschung über das Ausbleiben eines schnellen Aufschwungs Ost auch der unkontrovers, fast schon freundschaftlich geführte Wahlkampf gewesen sein. Die Wahl wurde vom Thema Arbeitslosigkeit geprägt, die kurz vor der Wahl offiziell bei 18,5 Prozent lag. 82 Prozent aller Wählerinnen und Wähler bezeichneten sie als das erstrangige politische Problem des Landes (vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1994: 12, 41).

In Erinnerung bleibt die Wahl 1994 aber vor allem wegen der eigentümlichen Regierungsbildung. Reinhard Höppner, der Spitzenkandidat der SPD, schlug das Koalitionsangebot von Christoph Bergner aus und zielte stattdessen auf eine Minderheitsregierung mit den Grünen unter Duldung der PDS. Diese Konstellation wurde in der Folge als Magdeburger Modell bezeichnet.

Eine direkte Frage nach der Stärke des Einflusses von Bewertungsobjekten der Bundesebene wurde in der Vorwahlumfrage der Forschungsgruppe Wahlen nicht gestellt. Daher ist auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler keine Aussage zur wahrgenommenen Bedeutung der Ebenen möglich. Blickt man auf die wahlrelevanten Ereignisse, dann sticht lediglich der in Halle durchgeführte Bundesparteitag der SPD heraus, auf dem eine Reihe allgemeiner politischer Forderungen von der SPD formuliert wurden. Ein nennenswerter Effekt dieses Ereignisses auf das Wahlergebnis der SPD im Land wurde aber von keinem Kommentator angenommen. Die Gehälteraffäre der CDU als landesbezogenes Bewertungsobjekt fand weder im Medienecho vor der Wahl noch in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler ernsthafte Erwägung.

Die Landtagswahl vom 26. April 1998 blieb vor allem wegen des massiven Zugewinns der DVU in Erinnerung. Die rechtsextreme Partei erreichte aus dem Stand 12,9 Prozent der Stimmen und zog mit 16 Mandaten in den Landtag ein. Beherrschendes Thema der Wahl war wiederum die hohe Arbeitslosigkeit im Land. Sie lag zum Wahltermin bei 24,1 Prozent. Die Verantwortung für diese Arbeitslosigkeit schob die SPD-Landesregierung auf die CDU-geführte Bundesregierung (vgl. Infratest 1998: 73). Von der DVU wurde das Thema Arbeitslosigkeit mit einem massiv ausländerfeindlichen Wahlkampf aufgenommen. Weiteres wichtiges Thema im Wahlkampf war die Zukunft des Magdeburger Modells. Die sachsen-anhaltische CDU präsentierte sich als diejenige Partei, welche die PDS aus dieser Verantwortungsbeteiligung herausholen würde.

Die Wahlbeteiligung lag 1998 mit 71,7 Prozent vergleichsweise hoch. Die CDU musste, obwohl sie bereits in der Opposition war, einen dramatischen Verlust im Wählervertrauen hinnehmen und erreichte lediglich 22 Prozent der Stimmen. Die

SPD gewann leicht hinzu und ging mit knapp 36 Prozent der Zweitstimmen als Siegerin aus dieser Wahl hervor. Von den 49 Direktmandaten errang die SPD in Umkehrung der Ergebnisse von 1990 47 und die CDU zwei. Die PDS verlor minimal und kam auf 19,6 Prozent der Stimmen, während Grüne und FDP den Einzug in den Landtag verpassten. Das alles wurde jedoch vom Wahlergebnis der DVU (12,9%) überschattet.

Fragt man nach Bundesobjekten, die Einfluss auf diese Landtagswahl gehabt haben könnten, so ist zunächst festzuhalten, dass dies die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl 1998 war. Wenige Wochen vorher, am 1. März, hatte Gerhard Schröder die Wahl in Niedersachsen gewonnen und war Kanzlerkandidat der SPD geworden. Wegen ihrer Symbolwirkung für den Wahlgang im September maßen alle Parteien der Wahl zum Magdeburger Landtag eine große Bedeutung zu. Das führte unter anderem dazu, dass viel Bundesprominenz im Landtagswahlkampf zugegen war. Die Wahl kann daher als stark bundespolitisch überformt angesehen werden. Das äußerte sich auch darin, dass 86 Prozent der Befragten in der Vorwahlumfrage der Forschungsgruppe Wahlen angaben, dass die Bundespolitik einen wichtigen oder sogar sehr wichtigen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung hatte. Es ist aber schwierig, diese Einflüsse und eine erwartete Richtung ihrer Wirkung näher zu benennen. Offensichtlich ist lediglich, dass sich die Wahl am Ende eines Bundestagswahlzyklus befindet, weshalb nach Dinkel positive Effekte für die Berliner Regierungsparteien erwartet werden müssten. Außer dem für das Image der Partei desaströsen Benzinpreisbeschluss der Grünen gibt es im Vorfeld der Wahl keine nennenswerten Ereignisse zu berichten. Der Bundesrat war seit 1996 von Landesregierungen der Bundesoppositionsparteien dominiert, sodass auch hier keine zusätzlichen Impulse abgeleitet werden können.

„Die Wähler machen immer öfter kurzen Prozess“, so kommentierte Richard Hilmer von Infratest dimap die Entscheidung der Wähler vom 21. April 2002. Nach dem massiven Rechtsruck vier Jahre zuvor wurde dem rechten Lager, inklusive der rechtspopulistischen Partei Rechtsstaatliche Offensive, nun der Einzug in den Landtag verweigert. Die Schill-Partei erhielt 4,5 Prozent³ und die als Auflösungsrest aus der DVU übrig gebliebene FDVP gerade einmal 0,8 Prozent der Stimmen. Aber auch mit der SPD wurde „kurzer Prozess“ gemacht. Sie fiel in der Wählergunst von 35,9 Prozent auf 20 Prozent der Stimmen. Einen größeren Rutsch hatte es bei einer Landtagswahl bisher noch nicht gegeben.

Das beherrschende Thema war wiederum die Arbeitslosigkeit, die inzwischen offiziell bei 20 Prozent lag. Außerdem machte das Schlagwort von Sachsen-Anhalt als der „roten Laterne“ Deutschlands die Runde. Die massive Abwanderung aus Sachsen-Anhalt, die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer und schließlich der fehlgeschlagene Versuch, BMW in Sachsen-Anhalt anzusiedeln, wurden der amtierenden SPD-Regierung und Ministerpräsident Höppner massiv angelastet. Hatte Höppner bei der letzten Wahl noch deutliche Sympathien gehabt, so konnte

3 Dieses schlechte Abschneiden hatte eine klare bundespolitische Konsequenz: Nach dem Misserfolg entschied sich die Partei gegen eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen im September des gleichen Jahres.

man in dieser Wahl keinen Amtsbonus mehr konstatieren. Lediglich die Hälfte der Bevölkerung war mit seiner Arbeit zufrieden.

Die beiden Spitzenkandidaten bei dieser Wahl waren Reinhard Höppner und der ehemalige Finanzminister Wolfgang Böhmer (CDU). Für Aufmerksamkeit sorgte aber vielmehr die Tatsache, dass Sachsen-Anhalt bei dieser Wahl fünf Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten hatte. Sowohl Cornelia Pieper (FDP) und Roland Claus (PDS) als auch der Spitzenkandidat der Schill-Partei, Ulrich Marseille, reklamierten vor der Wahl das höchste Amt im Land für sich.

Das Wahlergebnis wartete mit mehreren Überraschungen auf. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 56,5 Prozent gewann die CDU 15,3 Prozentpunkte hinzu und kam auf 37,3 Prozent der Wählerstimmen. Gleichzeitig errang sie, wiederum in Umkehrung des Ergebnisses von vor vier Jahren, 48 der 49 Direktmandate. Die SPD verlor etwa im gleichen Umfang wie die CDU hinzugewann (15,9 Prozentpunkte) und kam auf 20,0 Prozent der Stimmen. Zweitstärkste Kraft wurde die PDS mit 20,4 Prozent der Stimmen. Für Furore sorgte außerdem das Ergebnis der FDP, die unter der Führung von Cornelia Pieper 13,3 Prozent der Wählerstimmen erzielen konnte. Die Grünen verpassten mit nur zwei Prozent der Stimmen erneut den Einzug in den Magdeburger Landtag.

Einen starken Einfluss der Bundespolitik auf das Wahlergebnis gab es, traut man der direkten Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger, nicht. Knapp zwei Drittel der Befragten der Vorwahlstudie bekundeten, dass es sich bei dieser Wahl vor allem um eine landespolitische Angelegenheit handle. Dies bestätigt auch ein Blick auf möglicherweise entscheidungsrelevante Ereignisse im Vorfeld der Wahl. Die Presseberichterstattung konzentrierte sich auf Landespolitisches. Allerdings hatte die Wählerschaft Sachsen-Anhalts im Jahr 2002 zum ersten Mal die Möglichkeit, die Zusammensetzung des Bundesrats qualitativ zu verändern. Bis zur Landtagswahl bestand die Mehrheit des Rats aus Landesregierungen der Berliner Oppositionsparteien und aus gemischten Landesregierungen. Nach der Regierungsbildung unter Wolfgang Böhmer gab es dann eine klare Mehrheit von Landesregierungen, die ausschließlich aus Bundesoppositionsparteien bestanden.

Die Landtagswahl am 26. März 2006 stand unter dem Eindruck der wenige Monate vorher in Berlin gebildeten Großen Koalition. Die Parteien rückten aber klar Landesthemen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Für die bestehende Landesregierung sprach, das Sachsen-Anhalt unter Wolfgang Böhmer, der inzwischen als Landesvater wahrgenommen wurde, die rote Laterne abgeben hatte. Nur wenige Befragte wünschten folgerichtig einen Regierungswechsel nach der Wahl. Auch in diesem Wahlkampf gab es kein polarisierendes Thema. Sowohl CDU als auch SPD konstatierten erneut starken Reformbedarf im Land, ohne aber der jeweils anderen Partei massiv Schuld für den Status quo zuzuschreiben. Das Thema Arbeitslosigkeit wurde mit 87 Prozent der Nennungen als das vordringlich zu lösende Problem bezeichnet.

Die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien waren der Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und der SDP-Fraktionschef im Landtag Jens Bullerjahn. Das Wahlergebnis zeigte, sieht man von der mit 44 Prozent extrem geringen Wahlbeteiligung ab, wenige Veränderungen gegenüber 2002. Die CDU verlor leicht (1%) und kam auf 36,2 Prozent der Stimmen, während die SPD leichte Gewinne (1,4%) ver-

buchen konnte und auf 21,4 Prozent der Stimmen kam. Die PDS legte mit einem Plus von 3,7 Prozent etwas stärker zu. Sie erzielte 24,1 Prozent der Stimmen. Die FDP baute von 13,3 Prozent auf 6,7 Prozent deutlich ab, während die Grünen von 2,0 Prozent auf 3,6 Prozent kletterten und damit ihren Stimmanteil fast verdoppeln konnten. Der Einzug in den Landtag blieb ihnen aber wieder verwehrt. Von den 45 Wahlkreisen gingen 40 an die CDU, zwei an die SPD und erstmalig drei an die PDS.

Der Einfluss bundespolitischer Bewertungsobjekte kann wiederum als höchstens moderat bezeichnet werden. Nach wie vor äußerten etwas weniger als zwei Drittel (58%) der Vorwahlbefragten, dass die Landespolitik den maßgeblichen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung ausgeübt habe. Eine massive Teilnahme bundespolitischer Akteure konnte im Wahlkampf nicht verzeichnet werden. Auch aus der Zusammensetzung des Bundesrates gingen keine Impulse hervor, denn in Berlin regierte seit einem halben Jahr eine große Koalition.

Will man eine Einschätzung wagen, dann könnte man diese Wahl als prototypische Nebenwahl bezeichnen. Im Land selbst ging es um nichts, es gab, wie oben bereits erwähnt, keine nennenswerten landespolitischen Kontroversen. Es spielte also keine große Rolle, ob die CDU oder die SPD nach der Wahl die Regierung stellen würde. Auch aus Berlin kamen, wegen der dort regierenden Großen Koalition, keine maßgeblichen Impulse für eine Wahlentscheidung zwischen Union und Sozialdemokraten. Dementsprechend niedrig war die Wahlbeteiligung.⁴

4. Aggregatdaten

Nachdem die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im jeweiligen zeitlichen Kontext eingeführt wurden, sollen in diesem Abschnitt Aggregatdaten der Landesebene und der administrativen Kreise untersucht werden, um erste systematische Antworten auf die Frage nach den Wirkungen der Bundespolitik zu finden. Die Analyse aggregierter Wahlergebnisse sehen wir als sinnvolle Teilstrategie zur Beantwortung dieser Frage an, weil die bundespolitischen Einflüsse bei aller individuellen Vermittlung ihre politische Bedeutung erst aus ihrer aggregierten Wirkung beziehen. Nur wenn die individuellen Reaktionen auf bundespolitische Bewertungsobjekte zu einem Aggregatergebnis werden, das Verschiebungen in den Stärkeverhältnissen der Parteien bedeutet, dann wird auch von politischen Akteuren die Frage nach möglichen Erklärungen, und damit unter anderem nach dem bundespolitischen Einfluss, gestellt. Es ist also das Aggregatphänomen, das die Frage nach den bundespolitischen Einflüssen immer wieder neu entstehen lässt. Die Kreisebene erlaubt dann, diese Aggregatwirkung in unterschiedlichen Konstellationen zu untersuchen.

Betrachtet man zunächst das auf Landesebene aggregierte Verlaufsmuster der Wahlentscheidungen in Abbildung 1, so fallen eine Reihe von Indizien dafür ins Auge, dass auch Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt dem von Dinkel (1977) und

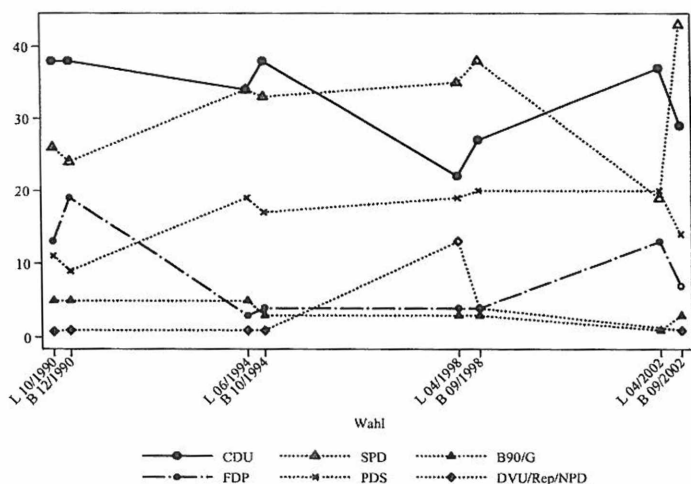
4 Eine ausführliche Analyse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt findet sich bei: Feist/Hoffmann 1991; Plöhn 1995; Holtmann 1999, 2003, 2007.

anderen beschriebenen zyklischen Verlauf folgen. Allerdings sind dessen Ausschläge zum Teil wesentlich stärker, als nach dem Modell zu erwarten gewesen wäre.

Für die Wahl 1994 kann konstatiert werden, dass beide Parteien der Bundesregierung, also CDU und FDP, dem zyklischen Verlaufmuster folgen. Beide Parteien schneiden bei der Landtagswahl im Juni schlechter ab, als bei der Bundestagswahl im darauffolgenden Oktober. Bei der SPD ist ein spiegelbildliches Verlaufsmuster zu beobachten, denn sie verliert zwischen Sommer und Herbst leicht an Stimmanteilen. Das Gleiche gilt auch für die PDS und Bündnis 90/Die Grünen, die sich ebenfalls in der Bundesopposition befinden.

Im Jahr 1998 befindet sich die CDU zwar auf insgesamt deutlich niedrigerem Niveau, aber auch hier wiederholt sich das Muster eines besseren Abschneidens bei der Bundestagswahl. Für die FDP können in diesem Jahr auf sehr niedrigem Niveau kaum Unterschiede festgestellt werden. Ein vom Zyklusmodell abweichender Verlauf ist sowohl für die PDS als auch für die SPD zu beobachten. Beide Parteien gewinnen, obgleich vor der Bundestagswahl in der Opposition, zwischen Landtags- und Bundestagswahl an Stimmen. Zumindes im Fall der SPD kann man diesen Gewinn hin zur Bundestagswahl mit einiger Sicherheit auf die Wechselstimmung zurückführen, die 1998 zur Ablösung der Regierung Kohl führte und die wahrscheinlich auch den „klassischen“ zyklischen Verlauf außer Kraft setzte.

Abbildung 1: Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt, 1990-2006 (Angaben: Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Darstellung.

Sowohl CDU als auch SPD verhalten sich bei den Wahlen 2002 im Sinne Dinkels modellgerecht. Die Differenz zwischen Landtags- und Bundestagswahl ist jedoch insbesondere für die SPD so groß, dass sie kaum allein auf Zykluseffekte zurückgeführt werden kann. Abgesehen von dem kurz vor der Wahl einsetzenden Stimmungsumschwung für die rot-grüne Bundesregierung, welcher vor allem der SPD bei der Bundestagswahl Stimmen bescherte, waren es in erster Linie hausgemachte Probleme der SPD-Landesregierung und ein überzeugender Gegenkandidat auf Seiten der CDU, welche die Mehrheitsverhältnisse im Land veränderten und dabei auch zu einer starken Differenz zwischen Landes- und Bundeswahl beitrugen (vgl. die Wahlbeschreibung im vorangegangenen Abschnitt). Die überdurchschnittlich starken Ausschläge der beiden großen Parteien können unseres Erachtens also mit großer Sicherheit auf das Wirken landespolitischer Faktoren zurückgeführt werden. Der einfache, bundesinduzierte zyklische Verlauf ist durch diese Faktoren massiv verstärkt worden.

Bei der Analyse der Ergebnisse der Landtagswahl 2006 stellt sich zunächst die grundsätzliche Frage, ob das Wahlzyklusmodell angesichts der im Bund regierenden Großen Koalition überhaupt in der gewohnten Form greift. Leider gibt es, wohl aufgrund der geringen Erfahrung mit Großen Koalitionen in Deutschland, keine Diskussion in der Literatur über die Anwendbarkeit des Zyklusmodells auf diese Konstellation. Lässt man dieses theoretisch bislang nicht gelöste Problem unbeachtet, dann kann man für die SPD im Vergleich zwischen der Bundestagswahl 2005 und der Landtagswahl 2006 einen zyklusmodellkonformen Stimmverlauf konstatieren, für die CDU jedoch nicht. Der positive Stimmverlauf für die CDU geht aber mit großer Wahrscheinlichkeit erneut vor allem auf das Konto von Ministerpräsident und Spitzenkandidat Wolfgang Böhmer, der im Land über die Parteigrenzen hinweg ein hohes Ansehen genießt. Gleichzeitig hatte es die SPD im Land nicht geschafft, sich als ernstzunehmende Alternative zur CDU als führende Regierungspartei darzustellen, sodass bei ihr die laut Modell erwarteten Stimmabschläge auch tatsächlich zu beobachten sind. Für PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die Oppositionsparteien im Bundestag, sind ebenfalls atypische Zyklusverläufe zu beobachten. Alle drei Parteien verlieren Stimmen, hätten laut Modell aber im Vergleich zur Bundestagswahl Stimmen hinzugewinnen müssen. Ob und wie weit dieses Verlaufsmuster auf die Existenz der Großen Koalition zurückgeführt werden kann, ist mit den vorliegenden Daten nicht zu prüfen.

Die oben berichteten Entwicklungen werden in Tabelle 1 für die SPD und die CDU auf der Ebene der Kreise nachgezeichnet. Die Tabelle zeigt, dass die beschriebenen Differenzen auch bei einer subregional differenzierten Betrachtung sichtbar bleiben. So gewinnt die Union bei der Landtagswahl 2002 in den Kreisen zwischen 5,5 und 11,7 Prozentpunkte hinzu (Bundesoppositionseffekt plus Böhmereffekt), während die SPD zum gleichen Termin zwischen 19 und 25 Prozentpunkten verliert (Bundesregierungseffekt und negative Einschätzung der Arbeit der Regierung Höppner).

Tabelle 1: Differenz zwischen Landtagswahlergebnis und Bundesprojektion nach Dinkel auf Kreisebene für CDU und SPD[®]

	CDU			SPD		
	26.06.94	26.04.98	21.04.02	26.06.94	26.04.98	21.04.02
Regierung Bund	ja	ja	nein	nein	nein	ja
Regierung Land	ja	nein	nein	nein	ja	ja
kreisfreie Städte						
Dessau, Stadt	-7.04	-8.01	7.53	1.56	-1.12	-22.43
Halle (Saale)	-1.86	-5.23	5.50	-.94	-4.51	-22.61
Magdeburg	-5.18	-4.17	9.68	-.29	-1.72	-23.89
Landkreise						
Altmarkkreis Salzwedel	-1.45	-4.68	7.95	-1.01	-1.44	-22.45
Anhalt-Zerbst	-4.22	-7.48	8.66	1.45	-1.69	-22.97
Aschersl.-Staßfurt	-4.90	-7.21	10.23	-.48	-.47	-22.74
Bernburg	-4.94	-7.36	8.22	2.09	-2.18	-20.91
Bitterfeld	-6.79	-9.26	6.88	3.85	-2.02	-20.77
Burgelandkreis	-4.19	-8.30	6.09	1.94	-.56	-20.01
Bördekreis	-3.06	-6.13	9.65	2.63	-1.08	-22.99
Halberstadt	-5.57	-7.89	9.66	2.14	.77	-23.15
Jerichower Land	-4.46	-6.18	8.83	2.60	-1.00	-24.00
Köthen	-3.86	-6.51	7.57	1.24	-3.74	-21.64
Mansfelder Land	-4.93	-6.52	8.66	2.45	-2.28	-22.56
Mersburg-Querfurt	-6.68	-7.97	6.56	2.03	-2.07	-21.38
Ohrekreis	-2.95	-5.38	11.28	-.37	-1.14	-24.55
Quedlinburg	-5.31	-6.18	6.85	2.28	-1.37	-23.54
Saalkreis	-3.53	-7.65	8.38	1.87	-4.17	-21.79
Sangerhausen	-6.27	-7.75	8.42	3.26	-1.05	-23.23
Schönebeck	-2.58	-7.17	10.26	1.04	-.59	-24.97
Stendal	-2.30	-4.30	11.68	.16	-.12	-24.57
Weißenfels	-5.69	-7.16	6.69	2.00	-1.10	-19.05
Wernigerode	-6.54	-7.09	9.68	4.22	.23	-22.69
Wittenberg	-4.45	-5.76	10.39	1.42	-2.16	-23.86
Median	-4.68	-7.13	8.54	1.91	-1.26	-22.72
arithmetisches Mittel	-4.53	-6.72	8.55	1.55	-1.52	-22.61

®: Die Untersuchung der Eigenständigkeit von Landtagswahlen folgt in der deutschen Forschung, sofern sie nicht als Analyse von Einzelfällen durchgeführt wird, in Variationen der Vorgabe der Dinkelschen Berechnungsmethode (vgl. Dinkel 1977) für die Ermittlung von Unterschieden zwischen Landtags- und Bundestagswahlen. Dinkel setzte Landtagswahlergebnisse in Bezug zu einem projizierten Bundestagswahlergebnis am Tag einer jeweiligen Landtagswahl. Diese Projektion (im Folgenden als „Dinkelprojektion“ bezeichnet) wird aus dem zeitgewichteten Trend zwischen den beiden eine Landtagswahl einschließenden Bundestagswahlen ermittelt. Landtagswahlergebnisse werden also immer zu den beiden zeitlich benachbarten Bundestagswahlen ins Verhältnis gesetzt. Die Werte der Tabelle geben die Differenz zwischen der Dinkelprojektion und dem jeweiligen Landtagswahlergebnis wieder. Dementsprechend können wir nur Differenzen für Wahlen 1994 bis 2002 berichten. Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen.

Schaut man nach subregionalen Strukturen, so fällt auf, dass die Verluste der CDU gegenüber dem projizierten Bundesergebnis in den ländlich geprägten Kreisen im Norden Sachsen-Anhalts (Altmarkkreis, Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis, Schönebeck, Stendal) in der Regel unter und ihre Gewinne über dem Durchschnitt der Kreise liegen. Die Entwicklungen bei der SPD sind annähernd spiegelbildlich, allerdings weniger klar ausgeprägt. Das Gegenstück zu diesen nördlichen Kreisen bilden die vor allem bis zum Ende der DDR stark durch die chemische Industrie geprägten Kreise Bitterfeld und Merseburg-Querfurt bzw. der ehemals durch die Textilindustrie dominierte Kreis Weißenfels im Süden von Sachsen-Anhalt. Hier verliert die Union in der Regel überdurchschnittlich gegenüber der Dinkelprojektion, während die SPD leicht über dem Durchschnitt liegende Gewinne verzeichnet. Wie lassen sich diese Muster erklären? Es wäre denkbar, dass persönliche Bindungen der CDU-Landespolitiker in den Kreisen der ersten Gruppe stärker sind, während das Gleiche für SPD-Politiker und die Kreise der zweiten Gruppe gilt, sodass hier Zugewinne gegenüber dem Bundesergebnis auf der Basis persönlicher Bekanntheit erzielt werden können. Diese Aussage ist jedoch reine Spekulation und entzieht sich mit den uns vorliegenden Daten einer systematischen Prüfbarkeit. In den kreisfreien Städten ist keine Systematik der Entwicklungen zu beobachten.

Um die Eigenständigkeit der Landtagswahlen zu bestimmen, wurde von Hough und Jeffery (2003) der Unähnlichkeitsindex verwendet. Dieser Index misst in Prozentpunkten, wie viele Stimmen eines Landtagswahlergebnisses umverteilt werden müssen, um das Vergleichsergebnis der Bundestagswahlen zu ermitteln. Für die Berechnung des Indexes wird in der Regel die Dinkelprojektion (vgl. Anmerkung zu Tabelle 1) herangezogen. Wir sind dieser Vorgehensweise für die Wahlen von 1994 bis 2002 gefolgt. Um die Wahlen von 1990 und 2006 trotz des Fehlens jeweils eines für die Interpolation notwendigen Bundeswerts in die Darstellung einbeziehen zu können, wird für 1990 der Differenzindex zwischen Landtagswahl im Oktober und Bundestagswahl im Dezember berichtet. Für die Landtagswahl im Frühjahr 2006 bildet die Bundestagswahl im Herbst 2005 den (einzigsten) Bezugspunkt (vgl. Tabelle 2).

Hough und Jeffery argumentieren, dass die Eigenständigkeit von Landtagswahlen gegenüber der Entwicklung der Bundespolitik mit umso größerer Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, je größer unter sonst gleichen Bedingungen der Differenzindex ausfällt. „Unter sonst gleichen Bedingungen“ bedeutet dabei vor allem, dass der Zeitpunkt im Bundestagswahlzyklus konstant bleiben muss. Diese Bedingung war für Sachsen-Anhalt bis auf die Wahl 2006 erfüllt. Nach der von Hough und Jeffery vorgeschlagenen Interpretation wird man aus dem tendenziellen Wachstum der Differenzwerte in der Zeit tatsächlich auf eine steigende Eigenständigkeit der Landtagswahlen schließen.

Eine vergleichsweise große Unabhängigkeit des Landtagswahlverhaltens weisen von Anfang an die drei kreisfreien Städte Dessau, Halle und Magdeburg auf. Deutliche Differenzen zwischen Bundestags- und Landtagswahlverhalten gibt es ebenfalls von Anfang an in den bereits erwähnten industriell geprägten Landkreisen im Süden Sachsen-Anhalts (Merseburg-Querfurt, Bitterfeld, Saalkreis, Wittenberg), während die ländlich geprägten Landkreise im Norden (Altmarkkreis, Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis, Stendal, Schönebeck) weniger stark zwischen den Wahlebenen

differenzieren. Wie im Falle der Differenzen bei Union und Sozialdemokraten, können wir auch hier bislang keine plausible Interpretation für dieses Datenmuster anbieten.

Tabelle 2: Differenzindex zum Vergleich von Landtags- und Bundestagswahlergebnissen auf Kreisebene[®] (Angaben: Prozentpunkte)

	15.10.90 [□]	26.06.94 [▽]	26.4.98 [▽]	21.04.02 [▽]	26.03.06 [△]
kreisfreie Städte					
Dessau, Stadt	9,88	9,20	10,64	24,62	18,57
Halle (Saale)	10,50	6,63	11,20	25,76	15,13
Magdeburg	5,70	7,03	9,10	27,17	17,02
Landkreise					
Altmarkkreis Salzwedel	7,02	4,28	7,56	24,82	13,77
Anhalt-Zerbst	8,47	6,35	10,79	25,33	15,84
Aschersl.-Staßfurt	5,69	6,71	10,18	25,43	15,08
Bernburg	7,09	6,73	12,79	24,01	14,32
Bitterfeld	8,85	8,59	13,80	23,78	17,13
Burgelandkreis	6,74	6,13	10,37	23,28	15,46
Bördekreis	4,67	4,65	9,76	25,29	17,20
Halberstadt	5,19	5,57	9,46	25,52	14,09
Jerichower Land	7,95	6,12	9,85	26,52	16,81
Köthen	5,76	5,83	11,62	23,86	16,59
Mansfelder Land	6,89	6,48	11,08	25,07	15,09
Merseburg-Querfurt	7,02	6,68	11,25	24,19	17,09
Ohrekreis	5,38	4,48	9,26	26,89	17,21
Quedlinburg	7,15	6,50	9,83	26,27	16,53
Saalkreis	9,07	6,26	13,69	24,77	18,72
Sangerhausen	6,59	6,75	9,85	26,02	18,29
Schönebeck	6,09	4,14	9,96	27,04	18,10
Stendal	6,50	3,66	6,85	27,11	16,98
Weißenfels	5,48	7,02	9,67	21,98	12,86
Wernigerode	7,61	8,39	8,63	25,41	16,98
Wittenberg	7,46	6,14	9,53	26,84	19,94
Median	6,96	6,42	9,91	25,37	16,90
arithmetisches Mittel	7,03	6,26	10,28	25,29	16,45

®: Differenzen beruhend auf folgender Parteienliste: CDU, SPD, PDS, FDP, B90/Grüne, DVU/REP/NPD, Sonstige. 2002 ohne DVU/REP/NPD, dafür FDVP und Schill in Sonstige enthalten.
 □: Differenz auf die Bundestagswahl vom Dezember 1990, da keine vorhergehende BTW vorhanden war.
 ▽: Differenzen zwischen Landtagswahlergebnis und nach Dinkel interpoliertem Bundestagswahlergebnis.
 △: Differenz auf die Bundestagswahl im September 2005, da noch keine nachfolgende BTW vorhanden war. Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen.

5. Individualdatenanalyse⁵

5.1 Vorgehensweise

In der Wahlforschung gilt der sozialpsychologische Ansatz, der zur Erklärung des Wahlverhaltens auf einen langfristigen (Parteiidentifikation) und zwei kurzfristige Indikatoren (Themen- und Kandidatenorientierung) zurückgreift, als der potenteste Versuch, individuelles Wahlverhalten abzuleiten (vgl. Schoen/Weins 2005). Allerdings ist eine Zuordnung der Indikatoren zu unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems, wie etwa der Bundes- und Landesebene, im ursprünglichen Konzept nicht vorgesehen. Wie oben bereits diskutiert, ist nach verbreiteter Meinung eine solche Zuordnung für die Parteiidentifikation nur unter besonderen Bedingungen möglich. Vor allem müsste auf den verschiedenen Ebenen ein jeweils unterschiedliches Set von Identifikationsalternativen vorhanden sein. Von deren Existenz kann aber für Deutschland allgemein und für Sachsen-Anhalt im Besonderen nicht ausgegangen werden. Wegen der ebenenunspezifischen Effekte müsste die Identifikation, wie Schoen in diesem Band argumentiert, als Kontrollvariable in das Modell aufgenommen werden. Das scheitert für Sachsen-Anhalt jedoch an der geringen Anzahl der Parteiidentifizierer: Nur etwa ein Drittel der Befragten in den Wahlstudien gab an, über eine starke Parteiidentifikation zu verfügen (vgl. Tabelle 3). Eine explizite Modellierung der Effekte der Parteiidentifikation muss also in diesem Beitrag unterbleiben. Da die Identifikation im Funnel of Causality aber eine mittlere Stellung einnimmt – Kandidaten-, Parteien- und Themenorientierungen – werden als nachgelagert, sozialstrukturelle Merkmale als vorgelagert aufgefasst, gehen wir davon aus, dass die Wirkung der Identifikation implizit durch letztgenannte Größen erfasst werden kann. Dabei können die erstgenannten Größen, vor allem die Kandidatenorientierung, eindeutig Ebenen zugeordnet werden, während die sozialstrukturellen Größen vor allem die ebenenunspezifische Komponente der Identifikation abbilden.

Bei der Untersuchung des Bundeseinflusses auf das individuelle Landtagswahlverhalten in Sachsen-Anhalt gehen wir wie folgt vor: Als abhängige Variable verwenden wir die Wahlentscheidung für die Parteien. Dabei werden nur Parteien berücksichtigt, die bereits einmal im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten waren und die bei der jeweiligen Wahlumfrage mindestens 50 Nennungen erhalten haben.⁶ Dementsprechend wird die Wahlentscheidung für die CDU, die SPD und die PDS für alle Landtagswahlen seit 1994 modelliert. Die Wahlentscheidung für Bündnis 90/Die Grünen kann nur für 1994, und die für die FDP nur in den Jahren 2002 und 2006 untersucht werden. Die DVU kann wegen geringer Nennungshäufigkeit eben-

- 5 Die Daten sind beim Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung in Köln unter folgenden Nummern archiviert: ZA 2512 (1994), ZA 3032 (1998), ZA 3865 (2002), ZA 4403 (2006). Alle Umfragen, mit Ausnahme der Wahl 2006, wurden vom ZA in Kooperation mit den Universitäten Halle und Stuttgart zu einem gemeinsamen Datensatz integriert (ZA 4182).
- 6 Das Beispiel der Grünen bei der Analyse der Landtagswahl 1994 zeigt, warum es nicht sinnvoll ist, Parteien mit einer zu geringen Nennungshäufigkeit in die Analyse aufzunehmen (vgl. Tabelle 5).

falls nur für eine Wahl, nämlich die für die Partei bedeutsame Wahl 1998, in die Analyse einbezogen werden.

Tabelle 3: Anteil der Parteiidentifizierer an den Wahlumfragen, 1994-2006
(Angaben: Prozent)

	starke PI	mäßige PI	schwache/ keine PI [⊗]	N
1994	31	26	44	1107
1998	29	21	50	1121
2002	32	24	44	1028
2006	36	29	35	1550

PI = Parteiidentifikation. ⊗: Davon jeweils nur rund 1 Prozent schwach/sehr schwach, alle anderen keine Parteiidentifikation. Quelle: ZA 4182, ZA 4403.

Als unabhängige Größen kommen zunächst alle Variablen in Betracht, mit denen Einstellungen zu Kandidaten und zu den Parteien gemessen werden. Bei den verfügbaren Umfragedaten besteht die Gefahr, bei einer detaillierten Analyse der einzelnen Einflüsse sehr viele Befragte aufgrund von Item-Non-Response für die Analyse zu verlieren. Um das zu verhindern, bilden wir für jede der zu untersuchenden Parteien jeweils nur einen Bundes- und einen Landesindikator, der die Einstellung zur Partei und, wenn vorhanden, zu ihren Kandidaten zusammenfasst. Für PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wird der Indikator aus dem Skalometerwert der jeweiligen Bundes- bzw. Landespartei gebildet. Für CDU und SPD gehen zusätzlich die Einschätzungen der jeweiligen Spitzenkandidaten mit gleichem Gewicht in den Indikator ein, wenn ein Befragter den Spitzenkandidaten der Partei auf Nachfrage nennen konnte. Da die Wahlen 1994, 1998 und 2002 jeweils ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen stattfanden, gehen in die Bundesindikatoren von CDU und SPD neben den Skalometerwerten der Parteien auch die Einschätzungen der jeweiligen Kanzlerkandidaten ein. Ist von Befragten lediglich die Einschätzung des Kandidaten oder der Partei bekannt, so geht nur dieser Wert in den Indikator ein. Neben den parteibezogenen Einschätzungen werden zusätzlich die Bewertungen der aktuellen Bundes- und der Landesregierung in die Modelle der jeweiligen Ebene aufgenommen.

Die Bewertungen von Issue-Positionen der Parteien können wir nicht berücksichtigen. Das hat drei Gründe: Erstens wird zu jeder Wahl ein unterschiedliches Set an Issues abgefragt, sodass die Aussagen zu den einzelnen Wahlen nicht vergleichbar sind. Zweitens steht nicht bei jeder Wahl der gesamte Issue-Raum zur Verfügung. Damit kann keine systematische Aussage über das Verhältnis zwischen Bundes- und Landes-Issues getroffen werden. Drittens können wir, wie bereits oben angemerkt, die Issues nicht eindeutig einer der Ebenen zuordnen, selbst wenn alle Issues zu jeder Wahl abgefragt worden wären. Wir gehen aber davon aus, dass sich die issue-bezogenen Einstellungen in den von uns berücksichtigten Gesamtbewertungen der Parteien wiederfinden.

Als ebenenunspezifische sozialstrukturelle Variablen verwenden wir die Konfessionszugehörigkeit zur Abbildung der Wirkung der religiösen Spannungslinie, und

die Frage nach der Mitgliedschaft mindestens einer haushaltzugehörigen Person in einer Gewerkschaft zur Abbildung der Effekte der sozioökonomischen Spannungslinie. Außerdem geht das Alter der Befragten als Erklärungsvariable in das Modell ein, weil gezeigt werden kann, dass das Alter zur vollständigen Abbildung der ebenenspezifischen sozialstrukturellen Einflüsse unentbehrlich ist (vgl. auch Schoen in diesem Band).

Es ist in der Wahlforschung inzwischen üblich, Wahlentscheidungen mit multinomialen Logitmodellen zu analysieren (vgl. auch andere Beiträge in diesem Band). Abweichend davon haben wir uns für die Berechnung binärer logistischer Modelle für die einzelnen Parteien entschieden. Nach unserer Ansicht erfüllen Wahlentscheidungen in Sachsen-Anhalt nicht die für multinomiale Modelle geforderte Voraussetzung der Unabhängigkeit der Entscheidung von irrelevanten Alternativen. So kann man argumentieren, dass das Verhältnis der Auswahlwahrscheinlichkeiten von SPD und CDU im Jahre 1998 von der Möglichkeit einer rot-roten Koalition beeinflusst wurde und damit von der Existenz der Wahlalternative PDS. Damit aber wird die eben formulierte Forderung verletzt (vgl. Thurner 2006: 194). Da wir auch keine Möglichkeit sehen, eine theoretisch begründete genistete Entscheidungsstruktur zu formulieren, wie dies von Thurner (2006: 195) als Lösung für das Unabhängigkeitsproblem vorgeschlagen wird, verzichten wir auf eine multinomiale Modellierung.

Tabelle 4: Beispielmodelle für die CDU

Modellebene	abhängige Variable	unabhängige Variablen
Land	Dummy CDU	Landeseinschätzung: CDU, SPD, PDS, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Regierung; Konfession, Gewerkschaft, Alter
Bund	Dummy CDU	Bundeseinschätzung: CDU, SPD, PDS, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Regierung; Konfession, Gewerkschaft, Alter
Gesamt	Dummy CDU	alle Landes- und Bundeseinschätzungen; Konfession Gewerkschaft, Alter

Um den Bundeseinfluss auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen statistisch bestimmen zu können, werden wir jeweils drei Modelle auf ihre Erklärungskraft hin vergleichen. Das Landesmodell (L), das Bundesmodell (B) und das Gesamtmodell (G). Tabelle 4 zeigt, welche Variablen jeweils in die Modelle eingehen. Es wird deutlich, dass die wichtigen Erklärungsgrößen des sozialpsychologischen Ansatzes zunächst in ihrer ebenenspezifischen Form in die statistische Modellierung eingehen, ehe alle Größen gemeinsam untersucht werden. Die Differenzen der Erklärungsleistung der unterschiedlichen Modelle interpretieren wir, wie unten dargestellt, als Indikatoren für die eigenständigen Erklärungsleistungen der einzelnen Ebenen.

Die Einschätzung der Modellgüte treffen wir anhand von McFaddens Pseudo- R^2 (im Folgenden R^2_{MF}) und des Count R^2 (im Folgenden R^2_C). Diese Statistiken beschreiben, inwieweit die Modellschätzung eine bessere Anpassung leistet als das Nullmodell. Dabei prämiert R^2_{MF} die Gesamtanpassung des Modells, während R^2_C

die Richtigkeit der auf der Basis des Modells getroffenen Vorhersage bewertet. R^2_{MF} wird analog dem Pearsons R^2 gebildet, ist aber nicht linear interpretierbar. R^2_C kann als Analogon zu λ begriffen werden und ist insofern ein echtes PRE-Maß. Da R^2_C nicht unterscheidet, ob Fälle bereits durch das Nullmodell richtig klassifiziert wurden, oder erst durch das alternative Modell, stützen wir uns für die Interpretation auf das berichtigte R^2_C , das die Modellverbesserung vom Null- auf ein Alternativmodell wiedergibt.⁷

Wir gehen davon aus, dass jede Wahl insofern ein singuläres Ereignis ist, als sie eine jeweils spezifische Mischung der wahlbeeinflussenden Faktoren aufweist. Wir erwarten also kein konsistentes Muster der Einflussstärke von landes- und bundesbezogenen Einstellungen auf das Wahlverhalten über alle Wahlen hinweg, sondern je nach Situation unterschiedliche Gewichtungen. Unsere Einschätzung einer Wahl als durch die eine oder andere Ebene des politischen Systems dominiert, treffen wir anhand der folgend aufgeführten Konstellationen der Güte des Gesamt- (G), des Bundes- (B) und des Landesmodells (L):

Reine Landtagswahl: $G = L > B$ ⁸

Wenn G eine ähnliche Erklärungskraft hat wie L, L aber deutlich besser erklärt als B, dann interpretieren wir das wie folgt:

1. L und B haben eine unterschiedliche Erklärungskraft. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Befragten Landes- und Bundesobjekte unterscheiden und diese unterschiedlich bewerten.
2. Da G nicht markant von L abweicht, führt eine Erweiterung von L durch die Bundesindikatoren nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Modellschätzung. Die Landespolitik dominiert die Wahlentscheidung. Es findet also in erster Linie tatsächlich eine Landtagswahl statt.

Kleine Bundestagswahl: $G = B > L$

Die kleine Bundestagswahl ist das Gegenstück zur reinen Landtagswahl. Bei dieser Konstellation haben B und G eine annähernd gleiche Erklärungskraft, während L in der Erklärungskraft hinter beiden deutlich zurückbleibt. Daraus soll geschlossen werden:

1. L und B haben eine unterschiedliche Erklärungskraft. Die Befragten können Landes- und Bundesobjekte unterscheiden und bewerten diese unterschiedlich.
2. Da G nicht markant von B abweicht, führt eine Erweiterung von B durch die Landesindikatoren nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Modellschätzung. Der Bundeseffekt dominiert die Wahlentscheidung. Dadurch wird die Landtagswahl zu einer kleinen Bundestagswahl.

7 Für einen Vergleich von R^2_{MF} und R^2_C vgl. Kohler/Kreuter 2006: 286ff.

8 Lies: Modellgüte G = Modellgüte L > Modellgüte B.

Mischwahl: $G > B$ und $G > L$

Unsere Interpretation für den Fall, dass G eine deutlich bessere Modellanpassung leistet als die Einzelmodelle, lautet:

1. Die Befragten bewerten Landes- und Bundesobjekte unterschiedlich. Sie unterscheiden also zwischen Bundes- und Landespolitik.
2. Je nachdem ob B oder L eine stärkere Erklärungskraft hat, überwiegt der Bundes- bzw. der Landeseinfluss auf die Wahlentscheidung. Da aber G besser ist als L und B, haben Landes- und Bundesindikatoren je eigene Erklärungsbeiträge. Die Landtagswahlentscheidung wird also sowohl von landespolitischen als auch von bundespolitischen Einstellungen maßgeblich beeinflusst.
3. Gilt annähernd $L = B$, dann interpretieren wir die Wahl als reine Mischwahl. Gilt $L > B$ oder $B > L$, dann interpretieren wir die Wahl als Mischwahl mit Betonung der Effekte einer Ebene.

Überwölbung: $G = L = B$

Eine schwer zu interpretierende Konstellation liegt vor, wenn G, L und B sich in ihrer Erklärungsleistung nur gering unterscheiden. Wir gehen für diesen Fall davon aus, dass:

1. nicht mit Sicherheit angenommen werden kann, dass die Befragten Landes- und Bundesobjekte unterscheiden können.
2. Wenn die Befragten nicht eindeutig zwischen Bundes- und Landespolitik unterscheiden können, halten wir es für unplausibel anzunehmen, dass für die Bewertung der Bundesobjekte die Landespolitik entscheidend ist. Vielmehr erwarten wir eine umgekehrte Einflussrichtung, betrachten also die Landespolitik als von der Bundespolitik „überwölbt“. Folglich gehen wir davon aus, dass diese Modellkonstellation für eine Wahl steht, die dominant bundespolitisch beeinflusst ist.

Im Weiteren werden wir nun die Landtagswahlen von 1994 bis 2006 daraufhin untersuchen, welche der hier erläuterten Muster empirisch vorzufinden sind, um dann Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, wie auf der Ebene der Wählerinnen und Wähler bundes- und landespolitische Einflüsse auf das Wahlverhalten einwirken.

5.2 Landtagswahl 1994

In der Stichprobe für die Landtagswahl 1994 haben die CDU, die SPD, die PDS und Bündnis 90/Die Grünen eine ausreichend große Fallzahl für eine Analyse. Für die CDU wird deutlich, dass sich Bundes- und Landesmodell in ihrer Erklärungsleistung nicht unterscheiden (korr. $R^2_{MF, Land} = \text{korr. } R^2_{MF, Bund} = .51$). Gleichzeitig sind beide Modelle in der Lage, dem jeweils anderen in geringem Maße Erklärungskraft hinzuzufügen, wie das jeweils um ca. drei Prozent höhere korrigierte R^2_{MF} des Gesamtmodells aufzeigt. Auch bezüglich des Anteils richtig klassifizierter Fälle gibt es nur geringe Unterschiede (korr. $R^2_{C, Land} = .53$, korr. $R^2_{C, Bund} = .57$, korr. $R^2_{C, Ges.} = .62$; vgl. Tabelle 5). Nach der oben eingeführten Typologie soll daher die Wahlmotivati-

on für die CDU als die einer bundesüberwölbten Landtagswahl bezeichnet werden ($G = B = L$).

Auf die Wahrscheinlichkeit, die SPD zu wählen, scheinen sich die landesspezifischen Bewertungen der Parteien geringfügig stärker auszuwirken als die bundesspezifischen (korr. $R^2_{MF, Land} = .29$, korr. $R^2_{MF, Bund} = .27$; vgl. Tabelle 5). Die Verringerung des Fehlers bei der Vorhersage der Wahlentscheidung ist beim Landesmodell um rund zwei Prozent stärker. Letztlich müssen die Erklärungsunterschiede der beiden Modelle aber dennoch als gering eingeschätzt werden. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass das Gesamtmodell im Unterschied zu den Einzelmodellen mit einem R^2_{MF} von .34 nur rund fünf Prozent mehr Varianzaufklärung leistet (vgl. Tabelle 5). Insgesamt scheint hier eher das Muster einer Mischwahl vorzuliegen ($G > B$; $G > L$). Dabei ist keine eindeutige Betonung einer Ebene zu erkennen.

Für die PDS zeigt sich eine deutlich stärkere Erklärungskraft der Landesfaktoren (vgl. Tabelle 5). Das liegt jedoch daran, dass für die PDS kein Skalometerwert für die Bundespartei vorlag. Diese Lücke in der Befragung, die sich auf die Vorhersagekraft der Modelle für die anderen Wahlalternativen nicht oder nur gering auszuwirken scheint, macht einen Vergleich zwischen Bundes- und Landeseffekten auf die Wahlwahrscheinlichkeit der PDS unmöglich.

Die Wahlentscheidung für Bündnis 90/Die Grünen hängt nur zu einem geringen Teil statistisch mit den Einstufungen der Bundes- und Landesparteien zusammen, wie die korrigierten R^2_{MF} von rund 15 Prozent ausweisen. Dass die R^2_C fast keinen Erklärungsgewinn ausweisen, liegt vor allem an dem geringen Anteil der Grünenwähler in der Stichprobe (ca. 7%). Daraus resultiert für R^2_C ein Nullmodell, das bereits über 90 Prozent der Fälle korrekt klassifiziert. Vorhersageverbesserungen mit Hilfe statistischer Modelle sind von dieser Basis aus kaum noch möglich.

Tabelle 5: Modellvergleich Vorwahlumfrage 1994

	Modell	N	Korr. R^2_{MF}	Korr. R^2_C	R^2_C
CDU	Land	789	.51	.53	.86
	Bund		.51	.57	.88
	Gesamt		.54	.62	.98
SPD	Land	789	.29	.34	.79
	Bund		.27	.36	.79
	Gesamt		.34	.37	.80
PDS	Land	789	.51	.42	.92
	Bund		.20	.03	.87
	Gesamt		.51	.43	.92
B90/Grüne	Land	789	.15	.00	.93
	Bund		.16	.04	.94
	Gesamt		.14	.02	.93

Quelle: ZA 4182.

Bei der Landtagswahl 1994 in Sachsen-Anhalt ist zumindest für die SPD und die CDU statistisch kein Übergewicht einer der beiden föderalen Ebenen über die ande-

re in ihrem Einfluss auf das Wahlverhalten erkennbar. Gleichermäßen unterscheidet sich die Erklärungskraft des Gesamtmodells nur gering von den ebenspezifischen Modellen. Wir haben es hier also mit der oben beschriebenen Konstellation einer bundespolitischen Überwölbung zu tun ($G = B = L$). Einzuzuräumen ist, dass ein leichter Trend hin zu einer Mischwahl zu erkennen ist ($G > B$; $G > L$). Für den Wahlzeitpunkt 1994 erscheint es uns jedoch plausibel, die Interpretation der bundespolitischen Überwölbung in den Vordergrund zu stellen. Sachsen-Anhalt mit seiner geringen regionalen Tradition befand sich immer noch in der Phase der Konsolidierung einer eigenen Identität und einer eigenen Wertigkeit. Der Bezug von Bewertungsmaßstäben von der Bundesebene erscheint daher als sehr wahrscheinlich. Darüber hinaus war die Politik in Sachsen-Anhalt wie in den anderen neuen Bundesländern noch massiv von der Bundesregierung geprägt. Aus beiden Gründen halten wir die Interpretation der vorliegenden Ergebnisse als bundespolitische Überwölbung für angemessen.

Die höhere Modellgüte der Vorhersage für eine Wahlentscheidung pro oder kontra CDU interpretieren wir im Lichte der gleichzeitigen Regierungsverantwortung der Partei in Bund und Land. Diese führte anscheinend dazu, dass die Wählerinnen und Wähler bezüglich der CDU klarere Bewertungen entwickelt hatten. Diese wiederum schlagen sich in der größeren Vorhersageleistung des Modells nieder. Eine gleichermaßen klare Einstellungsbildung mit Blick auf die SPD war nicht möglich, da diese auf keiner Ebene ihre praktische Kompetenz unter Beweis stellen konnte.

5.3 Landtagswahl 1998

In der Vorwahlstudie zur Landtagswahl 1998 verfügen die CDU, die SPD, die PDS und die DVU über eine ausreichend große Anzahl von Nennungen für eine statistische Analyse. Die Wahlentscheidung für bzw. gegen die CDU wird besser vom Bundesmodell (korr. $R^2_{MF} = .42$) als vom Landesmodell (korr. $R^2_{MF} = .36$) erklärt (vgl. Tabelle 6). Das Hinzufügen der Landesindikatoren zum Bundesmodell im Gesamtmodell erbringt eine weitere Modellverbesserung um drei Prozent (auf korr. $R^2_{MF} = .45$). Im korrigierten R^2_C werden diese Unterschiede noch deutlicher. Während das Landesmodell nach dieser Statistik nur 27 Prozent der Varianz erklärt, werden durch das Bundesmodell 42 Prozent und durch das Gesamtmodell 46 Prozent der Varianz erklärt. Insgesamt ist festzustellen, dass, bezogen auf die Wahlentscheidung für bzw. gegen die CDU, die bundespolitischen Faktoren einen wesentlich größeren Erklärungsanteil liefern als die landesbezogenen. Nach der oben vorgestellten Typologie haben wir es hier mit dem Fall $G = B > L$, einer „kleinen Bundestagswahl“ zu tun.

Für SPD und PDS, die in je unterschiedlicher Art und Weise Träger der Landesregierung waren (vgl. Abschnitt 3), ergibt sich eine andere Konstellation. Bei beiden Parteien ist das Landesmodell erklärungskräftiger als das Bundesmodell (SPD korr. $R^2_{MF, Land} = .20$, korr. $R^2_{MF, Bund} = .17$, bei der PDS .31 und .27 respektive; vgl. Tabelle 6). Bei der Klassifikation der Fälle ergibt sich für die PDS eine um vier Prozentpunkte höhere Varianzaufklärung durch das Gesamtmodell gegenüber beiden ebenspezifischen Modellen. Bei der SPD unterscheiden sich Landes- und Gesamtmodell kaum voneinander, haben aber eine um sechs Prozentpunkte höhere

Varianzaufklärung als das Bundesmodell. Die Gesamtmodelle unterscheiden sich bei beiden Parteien kaum vom Landesmodell. Lediglich bei der Fallklassifikation für die PDS gewinnt das Landesmodell durch hinzufügen der Bundeselemente nochmals vier Prozent an Erklärungskraft. Bei der DVU wiederholt sich die Modellkonstellation von SPD und PDS, allerdings bei deutlich geringerem Niveau der Erklärungskraft.

Tabelle 6: Modellvergleich Vorwahlumfrage 1998

	Modell	N	Korr. R^2_{MF}	Korr. R^2_C	R^2_C
CDU	Land		.36	.27	.86
	Bund	785	.42	.42	.89
	Gesamt		.45	.46	.90
SPD	Land		.20	.28	.74
	Bund	785	.17	.21	.72
	Gesamt		.22	.28	.74
PDS	Land		.31	.13	.90
	Bund	785	.27	.13	.89
	Gesamt		.30	.17	.90
DVU	Land		.12	.06	.94
	Bund	743 [®]	.11	.02	.93
	Gesamt		.10	.06	.94

®: Abweichende Fallzahl, weil das Merkmal Katholiken eine eindeutige Zuordnung ermöglichte. Daher wurden alle Personen mit katholischer Religion aus der Schätzung dieses Modells ausgeschlossen. Quelle: ZA 4182.

Die Gesamtkonstellation zur Landtagswahl 1998 interpretieren wir wie folgt: Die Wahlentscheidung für bzw. gegen die CDU ist klar durch bundespolitische Einflüsse geprägt. Bereits in den Wahlbeschreibungen war deutlich geworden, dass die CDU bei dieser Wahl darunter litt, dass die Arbeit der Bundesregierung als hauptverantwortlich für die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts eingeschätzt wurde. Während also die Entscheidung für oder gegen die große Partei der Bundesregierung bundespolitisch dominiert ist ($G = B > L$ bzw. $G > B$; $G > L$ mit $B > L$), scheint die nachgeordnete Ebene der Entscheidung zwischen den Parteien der Bundesopposition stärker durch landesbezogene Faktoren beeinflusst zu sein. Man kann also sagen, dass wir es zumindest im Verhältnis zwischen Regierungslager und Oppositionslager mit einer kleinen Bundestagswahl zu tun haben. Der oben erwähnte Schröder-Effekt scheint in Sachsen-Anhalt dagegen keine nachweisbare Rolle zu spielen.

5.4 Landtagswahl 2002

Bei der Landtagswahlstudie 2002 liegen für CDU, SPD, PDS und FDP jeweils eine für die statistische Analyse ausreichende Anzahl an Befragungsergebnissen vor. Bei der CDU liegt der Erklärungsgehalt des Landesmodells über dem des Bundesmodells (Korr. $R^2_{MF} = .31$ zu .27; vgl. Tabelle 7). Das Gesamtmodell erklärt gegenüber dem Landesmodell nochmals zusätzlich drei Prozent der Varianz. Bundespolitische

Einstellungen spielen also eine eigenständige, aber untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung für oder gegen die CDU. Der Konstellationstyp für das Wahlverhalten kann nicht eindeutig bestimmt werden, wird aber am ehesten durch das landesdominierte Mischmodell ($G > B$; $G > L$ mit $L > B$) beschrieben. Die in Abschnitt 3 vorgetragene Beobachtung stützen die Interpretation, dass die Landespolitik eine wichtige Rolle für die Bildung der Wahlpräferenzen bezüglich der CDU gespielt hat. Allerdings, darauf verweisen die hier analysierten Daten, blieb die Bundesebene bei der Union nicht ohne Einfluss auf das Wahlverhalten. Eine Erklärung dafür könnte die ebenfalls in Abschnitt 3 erwähnte Tatsache sein, dass die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts im Jahre 2002 nicht nur den Landtag und damit die Landesregierung wählten, sondern unmittelbaren Einfluss auf die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat hatten.

Deutlicher noch als bei der CDU ist das Übergewicht der Landesfaktoren bei der FDP festzustellen (Korr. $R^2_{MF, Land} = .26$ zu korr. $R^2_{MF, Bund} = .21$; vgl. Tabelle 7). Bei der Verringerung des Vorhersagefehlers tritt der Unterschied nochmals deutlicher zu Tage. Hier erklären die landesbezogenen Indikatoren rund 14 Prozentpunkte mehr Varianz als die bundesbezogenen. Die Erklärungskraft von Landes- und Gesamtmodell ist hingegen weitgehend ähnlich. Von einem maßgeblichen eigenen Erklärungsanteil der bundesbezogenen Einstellungen kann daher nicht gesprochen werden.

Tabelle 7: Modellvergleich Vorwahlumfrage 2002

	Modell	N	Korr. R^2_{MF}	Korr. R^2_C	R^2_C
CDU	Land	780	.31	.28	.81
	Bund		.27	.24	.80
	Gesamt		.33	.31	.81
SPD	Land	780	.29	.23	.84
	Bund		.29	.17	.84
	Gesamt		.33	.28	.86
PDS	Land	752 [⊗]	.31	.16	.90
	Bund		.29	.16	.90
	Gesamt		.32	.25	.91
FDP	Land	780	.26	.19	.90
	Bund		.21	.05	.89
	Gesamt		.27	.21	.91

⊗: vgl. Tabelle 6. Quelle: ZA 4182.

Bei SPD und PDS sind die Landes- und Bundeseinflüsse nach dem korrigierten R^2_{MF} weitgehend gleich (SPD: korr. $R^2_{MF, Land} =$ korr. $R^2_{MF, Bund} = .29$; PDS: korr. $R^2_{MF, Land} = .31$, korr. $R^2_{MF, Bund} = .29$). Lediglich das korrigierte R^2_C weist für die SPD eine etwas größere Differenz zwischen Landes- und Bundesmodell zugunsten des Ersteren auf. Für beide Parteien gilt gleichzeitig, dass das Gesamtmodell eine höhere (R^2_{MF}) bzw. sogar deutlich höhere (R^2_C) Erklärungskraft hat als die ebenenspezifischen Modelle. Im Rahmen unserer Modelltypologie würde man für beide Parteien konstatieren, dass das auf sie bezogene Wahlverhalten durch das Mischmodell

($G > L/G > B$) am ehesten beschrieben wird. Beide Ebenen haben nachweisbar eigene Einflüsse, ohne dass eine Ebene klar die andere dominiert.

Zusammenfassend schätzen wir die Wahl 2002 wie folgt ein: Das negative Abschneiden der SPD bei der Landtagswahl geht gleichermaßen auf bundespolitische (schlechte Bewertung der Regierung Schröder) wie landespolitische Faktoren (sehr schlechte Bewertung der Regierung Höppner) zurück. Beide Effekte sind annähernd gleich stark. Eine ähnlich gemischte Konstellation liegt bei der PDS vor. CDU und FDP als Oppositionsparteien im Land profitieren vor allem auf Basis landesbezogener Effekte. Insgesamt schätzen wir diese Wahl als dem Mischtyp zugehörig ein. Vor allem beim Wahlverhalten für die Landesoppositionsparteien war aber eine leichte Dominanz landespolitischer Effekte zu beobachten.

5.5 Landtagswahl 2006

Auch die Landtagswahlstudie von 2006 bietet ausreichendes Datenmaterial für die Analyse des Wahlverhaltens bei CDU, SPD, PDS und FDP. Bei den Grünen dagegen reichen die Daten, dem Wahlergebnis entsprechend, wiederum nicht für eine Analyse innerhalb unseres Modells. Die Wahlentscheidung für die CDU wird stärker durch die landesbezogenen als durch die bundesbezogenen Indikatoren erklärt. Das korrigierte R^2_{MF} des Landesmodells ist um fünf Punkte größer als das des Bundesmodells. Noch deutlicher fällt der Unterschied bei der Verbesserung der Vorhersagegüte auf. Hier klassifiziert das Landesmodell einen um 13 Prozentpunkte höheren Anteil der Fälle richtig als das Bundesmodell. Außerdem wird wieder deutlich, dass bundespolitische und landespolitische Aspekte von den Wählern unterschieden werden, denn die Variablen beider Modelle fügen dem jeweils anderen ein Plus an Erklärungskraft hinzu.

Ungewöhnlich ist die Tatsache, dass das berichtigte R^2_C für das Gesamtmodell unter dem eines Teilmodells liegt. Tiefer gehende Analysen haben gezeigt, dass die vom Landesmodell vorhergesagten Wahlwahrscheinlichkeiten nahe am für die Klassifikation entscheidenden Kippunkt von .5 lagen.⁹ Das Hinzufügen weiterer Prädiktoren erhöhte zwar, wie im Anstieg des korrigierten R^2_{MF} sichtbar, die Genauigkeit der Modellvorhersage, erzeugte aber für einen Teil der Fälle eine Wahlwahrscheinlichkeit nahe am Kippunkt des Modells, jedoch auf seiner „falschen“ Seite. Der Anteil richtiger dichotomer Modellvorhersagen sinkt daher, sodass auch das berichtigte R^2_C leicht fällt.

Ein ähnliches Bild wie bei der CDU zeigen auch die Statistiken für die SPD und die PDS. Die Landespolitik spielt bei der Wahlentscheidung eine größere Rolle als die des Bundes. Der Vergleich mit dem Gesamtmodell zeigt wiederum, dass die Befragten zwischen Bundes- und Landesobjekten unterschieden haben. Auffällig ist

9 Eine modellierte Wahlwahrscheinlichkeit von kleiner .5 bedeutet nach dem Modell, dass die Partei von der entsprechenden Person nicht gewählt werden würde. Eine modellierte Wahrscheinlichkeit von größer .5 bedeutet das Gegenteil. Der Vorhersagewert von .5 ist also der „Kippunkt“, an dem die dichotome Einschätzung der betreffenden Person von „Nichtwähler der Partei X“ auf „Wähler der Partei X“ „kippt“ oder umgekehrt.

die deutlich schlechtere Anpassung der Vorhersagemodelle für die SPD im Vergleich zu den CDU- und PDS-Modellen. Während von Letzteren knapp die Hälfte bzw. etwa ein Drittel der Fälle richtig klassifiziert werden, sind es im SPD-Modell nicht einmal ein Fünftel der Fälle. Auch das R^2_{MF} des SPD-Modells fällt deutlich gegenüber den beiden anderen Modellen ab.

Tabelle 8: Modellvergleich Vorwahlumfrage 2006

	Modell	N	Korr. R^2_{MF}	Korr. R^2_C	R^2_C
CDU	Land	1215	.36	.47	.84
	Bund		.31	.34	.80
	Gesamt		.38	.44	.83
SPD	Land	1215	.22	.12	.81
	Bund		.19	.07	.80
	Gesamt		.25	.17	.82
PDS	Land	1215	.39	.30	.88
	Bund		.36	.24	.87
	Gesamt		.40	.32	.88
FDP	Land	1215	.15	.00	.95
	Bund		.17	.00	.95
	Gesamt		.17	.00	.95

Quelle: ZA 4403.

Die Erklärungsstruktur der Wahlentscheidung für oder gegen die FDP weicht vom moderat landesdominierten Muster der anderen Parteien ab, denn diese Wahlentscheidung ist leicht stärker bundespolitisch als landespolitisch motiviert. Wegen der geringen Zahl der FDP-Wähler kommt diesem Ergebnis aber für die Gesamtaussage zur Wahl 2006 nur begrenzte Bedeutung zu.

Die präsentierten Ergebnisse legen nahe, die Landtagswahl 2006 als maßgeblich durch die Landespolitik geprägt zu interpretieren. Formal indizieren die Erklärungsmodelle von CDU, SPD und PDS das Vorliegen des Typs der Mischwahl. Diese soll jedoch, so interpretieren wir den deutlichen Erklärungsvorteil der Landesmodelle über die Bundesmodelle, klar als landespolitisch dominierte Mischwahl interpretiert werden. Ob die verstärkte Hinwendung zu Landesthemen eine Folge des Amtsantritts der Großen Koalition in Berlin war, oder aber das Ergebnis eines generellen Trends hin zu einer stärker landespolitischen Orientierung, kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht entschieden werden.

6. Fazit

Die Auswertung der Landtagswahlstudien zu den Landtagswahlen von 1994 bis 2006 wie auch die Analyse der Aggregatdaten, bei der zusätzlich die Wahl 1990 berücksichtigt werden konnte, haben gezeigt, dass sich die Bedeutung von Bundes- und Landesebene in den 16 Jahren seit der Gründung des Landes Sachsen-Anhalt

verändert hat. Während in den frühen Wahlen ein Übergewicht bundespolitischer Wahlmotive zu erkennen ist, gewinnen landesbezogene Erklärungskomponenten bei den späteren Wahlen deutlich an Einfluss (vgl. auch Tabelle 9). Dieses Muster wird auch in den Aggregatdaten deutlich, bei denen die Differenzen zum projektierten Bundeswahlergebnis im Laufe der Zeit kontinuierlich steigen. Da die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt bis auf das Jahr 2006 immer im gleichen zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl stattfanden, ist es sehr plausibel, diese Veränderung auf eine steigende Eigenständigkeit der Landtagswahlen zurückzuführen.

Tabelle 9: Zusammenfassung der Analyseergebnisse

Jahr	CDU	SPD	PDS	FDP	Aggregat	Wahltyp
1994	G = B = L	G > B/ G > L	?	—	kleiner Differenz- Index	überwölbt
1998	G = B > L	G = L > B	G = L > B G > B/ G > L	—	kleiner Differenz- Index	kl. BTW zw. Bundesreg. und Bundesopposition; LTW zw. Parteien der Bundesopposition
2002	G > B; G > L	G > L/ G > B	G > L/ G > B	G = L > B	großer Differenz- Index	Mischwahl mit leichter Betonung der Landesebene
2006	G > L/ G > B mit L > B	G > L/ G > B mit L > B	G > L/ G > B mit L > B	G = L = B	großer Differenz- Index	Mischwahl mit deutlicher Betonung der Landesebene

Kl. BTW = kleine Bundestagswahl; LTW = Landtagswahl. Bündnis 90/Die Grünen nicht berücksichtigt, da nicht ausreichend auswertbare Information.

Tabelle 9 zeigt darüber hinaus, dass abweichend von unserer Erwartung nicht nur Differenzen im Charakter zwischen den einzelnen Wahlen auftreten, sondern dass auch innerhalb einer Wahl Unterschiede in der Motivkonstellation zwischen den Parteien auftreten können. Diese Unterschiede sind wahrscheinlich von der spezifischen Rolle einer Partei im landes- und bundespolitischen Prozess abhängig. So sind Parteien der Bundesregierung dem Anschein nach stärker von bundespolitischen Einflüssen betroffen als Parteien, die im Bundestag auf den Oppositionsbänken sitzen. Diese Aussage zu prüfen, muss aber Gegenstand weiterer Forschungsarbeiten sein, da die Untersuchung eines einzelnen Bundeslands, zumal mit so kurzer Landtagswahlgeschichte wie in Sachsen-Anhalt, hier keine schlüssigen Belege hervorbringen kann.

Zusammenfassend soll festgehalten werden, dass wir es für plausibel halten davon auszugehen, dass nach der Gründungsphase zunächst eine Konsolidierung der Landesidentität wie auch der Erkennbarkeit und Unterscheidbarkeit der landesbezogenen Einstellungsobjekte eintreten musste, ehe klare landesbezogene Faktoren beginnen konnten, das Wahlverhalten deutlicher zu beeinflussen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man aber sagen, dass es deutliche Anzeichen für einen abnehmenden bundespolitischen Einfluss auf das Wahlverhalten bei den sachsen-

anhaltischen Wahlen gibt. Die Landespolitik und landespolitische Akteure leisten einen deutlich erkennbaren eigenen Beitrag zur Erklärung des Wahlverhaltens.

Literatur

- Alesina, Alberto/Rosenthal, Howard 1995: *Partisan Politics, Divided Government and the Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald 2005: Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 629-654.
- Burkhardt, Simone 2005: Parteipolitikverflechtung: Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen 1976 bis 2000. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Dinkel, Reiner H. 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 348-359.
- Eilfort, Michael 2006: Landes-Parteien: Anders, nicht verschieden. In: Schneider, Herbert/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Landespolitik in Deutschland*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 207-224.
- Eith, Ulrich 2000: Der deutsche Bundesrat zwischen Bundesstaatlichkeit und Parteienwettbewerb. In: Riescher, Giesela/Ruß, Sabine/Haas, Christoph M. (Hrsg.): *Zweite Kammern*. München: Oldenbourg, 77-96.
- Fabritius, George 1978: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan: Hain.
- Feist, Ursula/Hoffmann, Hans-Jürgen, 1991: Landtagswahlen in der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990: Föderalismus im wiedervereinten Deutschland - Tradition und neue Konturen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22, 5-34.
- Fiorina, Morris P. 1992: *Divided Government*. New York: Macmillan.
- Forschungsgruppe Wahlen: *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.* Nr. 60 (1990), Nr. 72 (1994), Mannheim.
- Gaines, Brian J./Crombez, Christoph 2004: Another Look at Connections Across German Elections. In: *Journal of Theoretical Politics* 16, 289-319.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut 2001: „Wenn am nächsten Sonntag...“: Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max: *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 473-499.
- Hainmüller, Jens/Kern, Holger L. 2006: Electoral Balancing, Divided Government, and Midterm Loss in German Elections. In: *Journal of Legislative Studies* 12, 127-149.
- Holtmann, Everhard 1999: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30, 56-77.
- Holtmann, Everhard 2003: Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 41-60.
- Holtmann, Everhard 2007: Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des halben Machtwechsels. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38, 51-66.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2003: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 79-94.
- Infratest 1998: *Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Infratest dimap Wahlreport*. Berlin: Infratest dimap.

- Lohmann, Susanne/Brady, David W./Rivers, Douglas 1997: Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System – West Germany, 1961-1989. In: Comparative Political Studies 30, 420-449.
- Manow, Philip 2005: National Vote Intention and European Voting Behavior, 1979-2004. Second Order Election Effects, Election Timing, Government Approval and the Europeanization of European Elections. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Mebane, Walter/Sekhon, Jasjeet 2002: Coordination and Policy Moderation at Midterm. In: American Political Science Review 96, 141-157.
- Plöhn, Jürgen 1995: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994: Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26, 215-231.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann 1980: Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: European Journal of Political Research 8, 3-44.
- Schnapp, Kai-Uwe 2007: Landtagswahlen und bundespolitischer Kontext: Immer noch eine offene Frage? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38, 463-479.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald: Handbuch Wahlforschung. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-242.
- Stewart, Marianne C./Clarke, Harold D. 1998: The Dynamics of Party Identification in Federal Systems: The Canadian Case. In: American Journal of Political Science 42, 97-116.
- Stimson, James A. 1976: Public Support for American Presidents; A Cyclical Model. In: Public Opinion Quarterly 40, 1-21.
- Turner, Paul W. 2006: Modelle diskreter Entscheidungen. In: Behnke, Joachim/Gschwend, Thomas/Schindler, Delia/Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft: neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. Baden-Baden: Nomos, 193-204.

Anhang

Hinweis: Bei Indikatoren, die mehreren Jahren zugeordnet sind, kann es zwischen den einzelnen Jahren geringfügige Variationen der Frageformulierung geben.

Wichtigkeit von Bundes- und Landesebene: 1998: „Wenn Sie an Ihre Wahlentscheidung für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt denken, wie wichtig ist da für Sie die Bundespolitik: sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig?“

2002, 2006: „Wenn Sie an Ihre Wahlentscheidung für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt denken, was ist da für Sie wichtiger, die Politik in Sachsen-Anhalt oder die Politik im Bund?“

Wahlentscheidung: „Am nächsten Sonntag ist Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Werden Sie dann auf jeden Fall zur Wahl gehen, wahrscheinlich zur Wahl gehen, wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen oder auf keinen Fall zur Wahl gehen? Und welche Partei werden Sie dann wählen?“

Parteiskalometer Land/Bund: „Und nun noch etwas genauer zu den Parteien in Deutschland und in Sachsen-Anhalt. Was halten Sie – so ganz allgemein – von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand der Skala! ‚Plus 5‘ bedeutet, daß Sie sehr viel von der Partei halten. ‚Minus 5‘ bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Was halten Sie von der ...?“, „Bundes-CDU“, „CDU in Sachsen-Anhalt“, „Bundes-SPD“, „SPD in Sachsen-Anhalt“, „Bundes-FDP“, „FDP in Sachsen-Anhalt“, „Bündnis 90/Grüne im Bund“, „Bündnis 90/Grüne in Sachsen-Anhalt“, „PDS in Sachsen-Anhalt“, „PDS im Bund“ (1994: nicht erhoben).

Bewertung der Landesregierung: „Sind Sie mit den Leistungen der [Name der Partei(en)]-Regierung in Sachsen-Anhalt eher zufrieden oder eher unzufrieden? Bitte sagen Sie es mir wieder anhand dieser Skala von ‚Plus 5‘ bis ‚Minus 5‘. ‚Plus 5‘ bedeutet, daß Sie mit den Leistungen der Regierung in Bonn voll und ganz zufrieden sind. ‚Minus 5‘ bedeutet, daß Sie mit den Leistungen der Regierung in Bonn vollständig unzufrieden sind. Auch hier können Sie mit den Zahlen dazwischen Ihre Meinung abgestuft sagen.“

1994: CDU und FDP; 1998: SPD und Bündnis 90/Die Grünen; 2002: SPD; 2006: CDU und FDP.

Bewertung der Bundesregierung: Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung [Name der Partei(en)]?“; 1994, 1998: CDU/CSU-FDP; 2002: SPD-Bündnis90/Grüne; 2006: CDU/CSU-SPD.

Spitzenkandidatenskalometer: 1994, 1998, 2002, 2006: „Wer ist bei der Landtagswahl der Spitzenkandidat der SPD, der sich für das Amt des Ministerpräsidenten bewirbt? Und wer ist bei der Landtagswahl der Spitzenkandidat der CDU, der sich für das Amt des Ministerpräsidenten bewirbt? Bitte sagen Sie mir wieder mit dem Thermometer von ‚Plus 5‘ bis ‚Minus 5‘, was Sie von einigen führenden Politikern halten. ‚Plus 5‘ bedeutet, daß Sie sehr viel von dem Politiker halten. ‚Minus 5‘ bedeutet, daß Sie überhaupt nichts von ihm halten. Wenn Ihnen einer der Politiker unbekannt ist, brauchen Sie ihn natürlich nicht einzustufen. Was halten Sie von ...?“; 1998: „Christoph Bergner“, „Reinhard Höppner“, „Helmut Kohl“, „Gerhard Schröder“; 2002: „Wolfgang Böhmer“, „Reinhard Höppner“, „Gerhard Schröder“, „Edmund Stoiber“; 2006: „Wolfgang Böhmer“, „Jens Bullerjahn“.

Alter: 1994: „Wie alt sind Sie?“; „18 bis 24 Jahre“, „21 bis 24 Jahre“, „25 bis 29 Jahre“, „30 bis 34 Jahre“, „35 bis 39 Jahre“, „40 bis 44 Jahre“, „45 bis 49 Jahre“, „50 bis 59 Jahre“, „60 bis 69 Jahre“, „70 Jahre und älter“.

1998, 2002, 2006: „Wie alt sind Sie?“

Konfession: „Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?“

Gewerkschaftsmitgliedschaft: „Sind Sie selbst oder jemand anderer in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?“